

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 4. Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschusses am Dienstag, den 10.10.2023 im Großen Sitzungssaal, Neues Rathaus

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

ANWESEND:

- VORSITZENDER -

Günther Pammer

Vertretung für Herrn OB Dr. Moser

- MITGLIEDER -

Thomas Hartmann

Christian Heilmann-Tröster

Anton Holler

Alfred Ortmann

Tim Rothenwöhrer

Prof. Dr. med. Peter Schandelmaier

Harald Schiller

Ewald Tremel

Dr. med. Ute von Eichhorn

- 1. STELLVERTRETER -

Cornelia Wohlhüter

Vertretung für Herrn StR Kilger

- 2. STELLVERTRETER -

Oliver Antretter

Vertretung für Frau StRin Pletl-Schäfer

Nermin Jenetzke

Vertretung für Frau StRin Tröster

- SCHRIFTFÜHRERIN -

Theresa Hiendl

- VERWALTUNGSREFERENTEN -

Klaus Busch

Stefan Stricker

Ulrike Watzek

- GÄSTE -

Katrin Schreiber

Donauanzeiger

Dominik Thaler

Referent

Andrea Weidemann

Deggendorfer Zeitung

ABWESEND:

- VORSITZENDER -

Dr. Christian Moser

entschuldigt

- MITGLIEDER -

Christian Kilger

entschuldigt

Yvonne Pletl-Schäfer

entschuldigt

Sophia Tröster

entschuldigt

TAGESORDNUNG:

1. Bekanntgaben
2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 17.07.2023 (3. Sitzung)
3. Vorstellung der Bachelorarbeit "Systematische Treibhausgas-Bilanzierung von Liegenschaften der Kommunalverwaltung am Beispiel der Stadt Deggendorf" von Herrn Dominik Thaler (TH Deggendorf, Studiengang Umweltingenieurwesen)
Sachgebiet 41
4. Klimaschutz in Deggendorf;
hier: Sachstand und Empfehlungsbeschluss zur kommunalen Wärmeplanung
Sachgebiet 41
5. Anfragen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, erklärt, dass frist- und formgerecht geladen wurde, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Einwände gegen die vorliegende TO werden nicht erhoben.

TOP 1 Gegenstand:
 Bekanntgaben

Folgende öffentliche Bekanntmachungen liegen in der Sitzung auf:

Energiesparmaßnahmen der Stadt Deggendorf;
Rückfrage bzgl. der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Denkmälern

TOP 2 Gegenstand:
 Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 17.07.2023 (3. Sitzung)

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wurde den Stadtratsmitgliedern mit Ladung zur heutigen Sitzung in das Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt. Einwendungen wurden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht erhoben.

TOP 3 Gegenstand:
 Vorstellung der Bachelorarbeit "Systematische Treibhausgas-Bilanzierung von Liegenschaften der Kommunalverwaltung am Beispiel der Stadt Deggendorf" von Herrn Dominik Thaler (TH Deggendorf, Studiengang Umweltingenieurwesen)

Frau Watzek leitet den Sachvortrag ein.

Herr Thaler, ehemaliger Student an der technischen Hochschule Deggendorf im Studiengang Umweltingenieurwesen, hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende Herr Pammer dankt Herrn Thaler für die Vorstellung seiner Bachelorarbeit.

Herr Busch ergänzt, dass die Bachelorarbeit eine wichtige Grundlage ist um für die Zukunft Vergleichswerte zu haben. Er merkt an, dass man die Corona-Jahre 2020 bis 2022 nicht betrachtet hat, weil sie aufgrund der Einschränkungen keine belastbaren Daten liefern. Er teilt mit, dass es sich bei der Arbeit von Herrn Thaler nicht um eine städtische Treibhausgasbilanzierung handelt, da nur die kommunalen Liegenschaften betrachtet

wurden. Herr Busch betont, dass die Daten eine Datenbasis für die Datenbank „Klimaschutzplaner“ sind, damit der Klimaschutzmanager Herr Stricker Vergleichswerte aus dem Jahr 2019 hat, so dass er diese mit den Daten ab dem Jahr 2023 bilanzieren kann. Dadurch kann Herr Stricker auch sehen, wo die schon getroffene Maßnahmen der Stadt Deggendorf schon greifen, insbesondere bei den städtischen Liegenschaften.

Frau StRin Wohlhüter bedankt sich für die interessante Bachelorarbeit. Sie ist eher an den konkreten Verbrauchszahlen interessiert, um zu sehen was die höchsten Werte hat. Sie weist darauf hin, dass die hohen Verbrauchszahlen bei der Straßenbeleuchtung und bei den Schulen in den letzten Jahren reduziert wurden, was sie sehr freut. Frau StRin Wohlhüter würde gerne wissen, wie weit die Werte in diesen Bereichen gesunken sind, da mittlerweile fast alle Straßenlaternen auf LED-Beleuchtung umgerüstet worden sind und viele städtische Schulen schon renoviert sind. Ihr ist bewusst, dass man bei der Kläranlage wahrscheinlich nicht allzu viel einsparen kann.

Der Vorsitzende Herr Pammer berichtet, dass die Daten die Herr Thaler zur Verfügung gestellt bekommen hat aus den vorherigen Jahren sind. Er führt aus, dass die Stadt Deggendorf bei der Umrüstung auf LED-Beleuchtung schon einen Schritt weiter ist.

Herr StR Heilmann-Tröster legt dar, dass es bekannt ist, dass Schulen, die Straßenbeleuchtung und die Kläranlage die größten Verbraucher sind, vor allem bei Straßenbeleuchtung und Schulen wurde schon einiges getan. Er erklärt Frau StRin Wohlhüter, dass bei der Kläranlage auch einiges gemacht werden könnte um Emissionen zu sparen, was auch schon in einer Studie dargelegt wurde, wäre jedoch nicht ganz günstig. Er macht klar, dass die Daten sehr wichtig sind, denn umso mehr Daten man hat, umso mehr weiß man, was Sache ist und umso mehr kann man Dinge umsetzen. Herr StR Heilmann-Tröster stellt heraus, dass die Stadt eine Ausgangsbasis für den Gesamtenergieverbrauch von CO₂ hat, damit dieser so schnell wie möglich und so weit wie möglich reduziert werden kann. Er hebt hervor, dass der Bundesstrommix hierfür besonders wichtig ist, der das große Stellrad ist. Je mehr erneuerbare Energien in diesem System sind, umso besser für die, die Energie verbrauchen. Er unterstreicht, dass es das Anliegen aller sein sollte, dass der Strommix möglichst weit und schnell Richtung erneuerbare Energien geht. Er hat recherchiert, dass die aktuelle Zahl im ersten Halbjahr 2023 bei 58% der erneuerbaren Energien liegt. Dort hat sich schon seit dem Jahr 2019 einiges getan.

Der Vorsitzende Herr Pammer fügt hinzu, dass vor einigen Wochen Gespräche zur Kläranlage stattgefunden haben, bei denen Maßnahmen erstellt wurden, die sofort greifen. Zudem gibt es Maßnahmen, die erst in der Zukunft greifen, weil diese mit Kosten verbunden sind.

Frau StRin von Eichhorn bedankt sich bei Herrn Thaler für die Vorstellung des schwierigen Themas auch im Hinblick der Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Vergleichbarkeit sei sehr wichtig. Außerdem weiß man, welche Aufgaben man an den Klimaschutzmanager Herr Stricker weitergibt, der sich die speziellen Bereiche genauer anschaut und daran arbeitet. Sie schildert, dass die Quintessenz dieser Untersuchung ist, dass klar gemacht wird, wo etwas fehlt und wo man noch weiterarbeiten kann, denn so wie es jetzt ist, reicht es noch nicht für die Zielsetzung. Sie verweist, dass deswegen immer wieder nachgefragt wird, welche der Aufgaben schon abgearbeitet oder am Laufen sind. Frau StRin von Eichhorn beschreibt, dass

es mittlerweile bei Kläranlagen Möglichkeiten gibt, die Belastungen für die Umwelt weiter zu reduzieren, dort müsste man weiter am Ball bleiben.

Der Vorsitzende Herr Pammer bedankt sich nochmals bei Herrn Thaler für die Vorstellung seiner Bachelorarbeit. Er führt weiter, dass Herr Thaler eine hervorragende Bewertung für die Bachelorarbeit bekommen hat, welche er im nicht öffentlichen Teil der Sitzung bekannt gibt.

Der Beschlussvorschlag vom 31.08.2023 wird **zur Kenntnis genommen**.

TOP 4 Gegenstand:
 Klimaschutz in Deggendorf;
 hier: Sachstand und Empfehlungsbeschluss zur kommunalen Wärmeplanung

Es wird kein Sachvortrag zur Beschlussvorlage gewünscht.

Herr StR Heilmann-Tröster merkt an, dass man sich nicht nur auf Energie bzw. Strom fixieren soll, denn die Wärmewende ist ein wichtiger Baustein zur CO₂-Neutralität, weshalb sie dementsprechend forciert und gefördert wird. Er findet es lobenswert, dass die Verwaltung rasch eingestiegen ist, damit die Stadt Deggendorf in den Genuss der 90 %igen Förderung kommt. Er erwähnt, dass die Kosten für dieses Projekt sehr hoch sind. Durch die sehr hohe Förderquote muss die Stadt Deggendorf nicht so viel selber finanzieren. Herr StR Heilmann-Tröster erhofft sich, dass die Abwicklung mit den Planungsbüros zügig geht, da die Stadt Deggendorf bei den ersten Kommunen dabei ist.

Herr Busch möchte herausstellen, dass die Stadtverwaltung versucht immer ein bisschen vor anderen Kommunen zu sein, dass der Förderantrag zum Beispiel vor dem Beschluss der Bundesregierung gestellt wurde, weil sich die Stadtverwaltung dadurch erhofft, die 90 %ige Förderung zu bekommen. Er übermittelt, dass die Förderquote bei einer späteren Antragsstellung sinkt, weswegen die Stadtverwaltung rasch den Förderantrag gestellt hat. Er weiß nicht, wie die weiteren Entwicklungen sein werden und wie zügig andere Kommunen sind. Herr Busch beunruhigt es, dass es seines Wissens nach nur 300 bis 400 Büros in Deutschland gibt, die einen entsprechenden Planungsauftrag überhaupt ausführen können, was wenige Büros sind in Anbetracht der Anzahl der Kommunen. Er macht sich auch Sorgen über die Kostenentwicklung, wenn die Nachfrage infolge der gesetzgeberischer Verbindlichkeit enorm steigt. Er gibt darüber Auskunft, dass sich in den nächsten Wochen und Monaten zu diesem Thema noch einiges entwickeln wird.

Der Vorsitzende Herr Pammer betont, dass die Stadtverwaltung der Zeit voraus ist. Er bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, welche den Förderantrag sehr schnell gestellt haben.

Frau StRin Wohlhüter erkundigt sich, ob es sich hierbei um das Gleiche handelt, was im sogenannten Heizungsgesetz gefordert wird, dass Kommunen Pläne machen müssen, wie man die Energieplanung in Zukunft macht.

Frau Watzek erläutert, dass die kommunale Wärmeplanung auf das Gebäudeenergiegesetz, welches vor kurzem beschlossen wurde, Bezug nimmt. Sie fügt hinzu, dass sich zum Thema der

kommunalen Wärmeplanung noch ein Gesetz im Gesetzgebungsverfahren befindet, welches in diesem Jahr noch abgeschlossen werden soll und gemeinsam mit dem Gebäudeenergiegesetz zum 01.01.2024 Inkrafttreten soll. Sie informiert, dass in dem geplanten Gesetz geregelt ist, bis wann Kommunen verpflichtet sind eine kommunalen Wärmeplanung zu erstellen. Frau Watzek unterrichtet, dass in dem aktuellen Entwurf drinsteht, dass eine Kommune mit der Größe von Deggendorf bis zum 30.06.2028 verpflichtend eine kommunale Wärmeplanung vorlegen muss. Sie erläutert, dass danach die Maßnahmen des Gebäudeenergiegesetzes greifen, falls noch keine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Man kann auf Basis der Wärmeplanung Gebiete ausweisen, die mit Fernwärme oder mit Wasserstoff versorgt werden sollen. Sie erwidert, dass diese Gebiete verpflichtend sind und das betrifft dann ganz konkret den einzelnen Hausbesitzer und Bürger. Frau Watzek erinnert daran, dass man wird dies weiter beobachten wird, da es darüber noch die ein oder andere politische Diskussion geben wird.

Frau StRin von Eichhorn bittet um Auskunft, ob die Stadtverwaltungen schon Erfahrung bei der Umsetzung von Fernwärme gesammelt hat. Sie stellt die Frage ob, man dafür ein Planungsbüro braucht, das ein Fernwärmekonzept für die ganze Region erarbeitet. Sie möchte wissen, ob jeder in diesem Gebiet an die Fernwärme anschließen muss, obwohl man eine Wärmepumpe zu Hause hat.

Frau Watzek zeigt dem Gremium eine Folie, wo die Inhalte der kommunalen Wärmeplanung zu sehen sind. Sie erklärt, dass als erstes eine Bestandsanalyse erstellt wird, wo zum Beispiel eine Energie- und Treibhausbilanz inklusive räumlicher Darstellung in einem Gebiet erarbeitet wird. Sie trägt vor, dass das Gebiet entweder das Stadtgebiet Deggendorf sein kann oder eine Kooperation mit mehreren Nachbarkommunen, welche Interesse an einer Zusammenarbeit gezeigt haben. Sie fährt weiter fort, dass daraus eine Potenzialanalyse zur Ermittlung von Energieeinsparpotentialen und lokalen Möglichkeiten für erneuerbare Energien erstellt wird. In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung zum Beispiel eruieren, wo sich Abwärme von Unternehmen nutzen lässt oder ob es Möglichkeiten für Geothermie gibt. Frau Watzek entgegnet, dass aus den Ergebnissen eine Strategie und ein Maßnahmenkatalog erarbeitet wird, woraus ersichtlich wird in welchen Bereichen es zum Beispiel sinnvoll ist in einem Zusammenschluss die Abwärme zu nutzen oder in welchen Bereichen, zum Beispiel bei Einzelhäusern, eher eine dezentrale Wärmelösung möglich ist. Sie bringt vor, dass das das Ergebnis der kommunalen Wärmeplanung ist. Sie legt Wert darauf, dass auch die Beteiligung von Akteuren und die der Öffentlichkeit sehr wichtig ist, da dem Einzelnen die Vorteile der Wärmeplanung aufgezeigt werden müssen, was eine Herausforderung im Hinblick auf die Kommunikation und die Öffentlichkeitsbeteiligung wird.

Der Vorsitzende Herr Pammer verdeutlicht, dass das Thema in der Stadtverwaltung gut angekommen ist. Er betont, dass die Stadtverwaltung durch Frau Watzek, Herrn Stricker und Herrn Busch hervorragende Fachleute eingestellt hat, die dementsprechend Auskunft geben können und bearbeiten können. Er geht auf die Fragen von Frau StRin von Eichhorn ein und sagt, dass bei der Antragstellung von Förderanträgen die gelieferten Zahlen der Stadtverwaltung nicht anerkannt werden, weshalb externe Büros beauftragt werden.

Herr StR Tremml würde gerne die Mittelbereitstellung im Beschlussvorschlag konkretisieren, da es sich seiner Meinung nach um ein wichtiges Thema handelt. Um die Wichtigkeit des Thema nach außen zu betonen schlägt er vor, dass das Gremium grundsätzlich bereits empfiehlt die

Mittel konkret in den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund bittet er um folgende Änderung des Beschlussvorschlags: Es wird empfohlen, unter Verwendung staatlicher Fördermittel eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen und hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 115.000 € im Jahr 2024 und 57.000 € im Jahr 2025 bereitzustellen.

Der Vorsitzende Herr Pammer fragt nach, ob der Beschlussvorschlag abgeändert werden soll. Herr StR Treml findet den Beschlussvorschlag etwas unkonkret. Es ist sein Anliegen den Beschlussvorschlag zu präzisieren, da er dadurch verbindlicher wird.

Der Vorsitzende Herr Pammer fragt nach, ob es sich um einen Empfehlungsbeschluss für die kommenden Haushaltsberatungen handeln soll.

Herr StR Treml bejaht dies.

Der Vorsitzende Herr Pammer ist mit dem geänderten Beschlussvorschlag einverstanden und lässt das Gremium nach Abschluss der Diskussion darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Gesamt: 13

Herr StR Ortmann richtet seine Fragen an Frau Watzek und möchte wissen, welche konkreten Auswirkungen die kommunale Wärmeplanung auf die Bürger hat und ob diese möglicherweise zum Anschluss an ein Fernwärmenetz oder ein Blockheizkraftwerk gezwungen werden.

Der Vorsitzende Herr Pammer gibt bekannt, dass die Stadtverwaltung dafür nicht zuständig ist. Frau Watzek berichtet, dass laut aktuellem Entwurf des Wärmeplanungsgesetzes das Vorliegen eines kommunalen Wärmeplans keine verbindlichen und unmittelbaren Auswirkungen auf die Bürger hat. Sie führt aus, dass erst konkrete Wärmenetzausbaugebiete oder Wasserstoffausbaugebiete definiert werden müssen, damit die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes greifen. Sie ist gespannt, was das aktuelle Gesetzgebungsverfahren noch ergeben wird, da diese beiden Gesetze miteinander verwoben sind.

Der Vorsitzende Herr Pammer ergänzt, dass noch nichts entschieden ist und man das Gesetzgebungsverfahren abwarten muss, damit man weiß, wie das Gesetz genau lautet.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: abweichend vom Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Gesamt: 13

Es wird empfohlen, unter Verwendung staatlicher Fördermittel eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen **und hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 115.000 € in 2024 und 57.000 € in 2025 bereitzustellen**

TOP 5 Gegenstand:
 Anfragen

Herr StR Schiller möchte zur öffentlichen Bekanntmachung wissen, ob der Kirchturm in Mietraching angestrahlt wird und wenn dieser nicht angestrahlt wird, möchte er wissen wieso das so ist. Seiner Erinnerung nach, wird dieser nämlich angestrahlt. Ihm reicht eine Beantwortung per E-Mail.

Der Vorsitzende Herr Pammer teilt ihm mit, dass die Antwort seiner Anfrage ihm per E-Mail zukommen wird.

Frau StRin von Eichhorn möchte in Erfahrung bringen, wie viel Stadtwald die Stadt Deggendorf hat. Sie führt aus, dass sie wissen will, wie viel Waldfläche der Stadt Deggendorf gehört über die sie bestimmen kann.

Der Vorsitzende Herr Pammer entgegnet, dass man zwischen der Stadt selber und den dazugehörigen Stiftungen unterscheiden muss, denn einer der größten Waldbesitzer ist die städtische Kathrinenspitalstiftung. Er stellt ihr in Aussicht, dass sie eine Antwort auf ihre Frage bekommt.

Frau Watzek weiß darauf hin, dass sie die Zahlen kürzlich bei ihren Kollegen angefragt hat, aber sie hat die Zahlen gerade nicht parat. Sie kann die Zahlen Frau StRin von Eichhorn zur Verfügung stellen.

Frau StRin von Eichhorn erklärt, dass der Hintergrund ihrer Frage der ist, dass der Wald wichtig ist und stärker in das Bewusstsein rückt. Sie stellt sich vor, dass es Pflanzungsaktionen mit Kindergärten und Schulen innerhalb des Stadtgebietes gibt, nicht nur mit den Förstern im Wald, sondern zum Beispiel auch am Bogenbach, da es dort viel kaputtes Holz gibt. Sie übermittelt, dass man aktiv werden soll, damit es bessere klimatische Bedingungen in der Hitzezeit gibt.

Herr Busch erwidert, dass man aufpassen muss, wie der Begriff „Wald“ definiert wird. Er erläutert, dass es einen Wald im Sinne des Waldgesetz gibt, der regelmäßig auch in der Flächenausdehnung erhoben wird. Er berichtet, dass diese Zahlen über den Flächennutzungsplan einsehbar sind und er kann ihr die genauen Zahlen raussuchen. Herr Busch macht klar, dass wenn sie nach dem Waldbesitz der Stadt Deggendorf und deren städtischen Stiftungen fragt, auch dieser Wald im Sinne des Waldgesetzes gemeint ist, der gewisse Kategorien erfüllen muss. Er fügt hinzu, dass einzelne Bäume am Bogenbach kein Wald im Sinne des Waldgesetzes sind, sondern einzelne Baumgruppen. Er weist darauf hin, dass sie nur die Zahlen bekommen wird, die auch rein rechtlich Wald sind.

Frau StRin von Eichhorn fände es schade, wenn die Stadt Deggendorf keinen Wald hat, da es noch viele Ideen gibt, wie ein Wald bewusster erlebt werden kann. Sie erinnert sich, dass es vor ungefähr 30 Jahren Gutscheine von der Stadt Deggendorf für einen Baum gegeben hat, zum Beispiel bei einer Geburt oder bei einer Hochzeit. Sie regt an, dass dies wieder aufgenommen werden soll, um eine Art Stadtwald zu errichten, wo der eigene Baum besucht werden kann. Sie schildert, dass jeder eine Beitrag leisten kann.

Der Vorsitzende Herr Pammer verweist darauf, dass es zum Beispiel bei Geburten schwierig ist, weil nicht alle Kinder, die im Klinikum geboren wurden, im Stadtgebiet Deggendorf wohnen. Er berichtet aus eigener Erfahrung, dass die Familien zwei bis vier Wochen nach der Geburt

weggezogen sind auf Grund zu geringem und bezahlbarem Wohnraum. Er nimmt ihre Anregung gerne an, fügt aber hinzu, dass es bei über 1.000 Geburten im Jahr kompliziert ist, dies zu überwachen.

Frau StRin von Eichhorn bringt vor, dass nicht jeder das Angebot annehmen muss, aber sie erhofft sich, dass es ein Schritt in eine klimabewusste Richtung ist.

Abgeschlossen mit TOP 5 der TO. Vorstehende Beschlüsse sind laut Art. 51 GO rechtsgültig zustande gekommen.

Deggendorf, 13.11.2023

STADT DEGGENDORF

Günther Pammer
2. Bürgermeister

Theresa Hiendl
Schriftführerin